

## **Niederschrift**

zur Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am Montag, den 13.03.2017

um 18:00 Uhr Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 126

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:15 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### **I.Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 23.01.2017
4. Öffentlich rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt/Oder zur Durchführung eines Fachberatungsdienstes im Rahmen der Migrationssozialarbeit
5. Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017

### **II.Nichtöffentlicher Teil:**

1. Veräußerung einer unbebauten Grundstücksfläche in 15517 Fürstenwalde, Luise-Hensel-Straße (Flur 130, Flurstück 212, 10.547 m²)
2. Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die Seniorenheime des LOS gGmbH zur Absicherung einer Kreditaufnahme zur Finanzierung des Baus von altersgerechten Wohnformen am Standort Beeskow

### **I.Öffentlicher Teil:**

6. Sonstiges

#### **Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Pech, leitete die Sitzung. Er stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. 6 stimmberechtigte Abgeordnete waren anwesend.

#### **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

### **Zu TOP 3      Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 23.01.2017**

Das Protokoll vom 23.01.2017 wurde einstimmig bestätigt.

### **Zu TOP 4      Öffentlich rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Frankfurt/Oder zur Durchführung eines Fachberatungsdienstes im Rahmen der Migrationssozialarbeit Vorlage: 025/2017**

Frau Kaiser verwies auf die bereits in der Vergangenheit erfolgte gute Zusammenarbeit. Diese soll zukünftig mit der Stadt Frankfurt/Oder fortgesetzt werden. Der LOS bekommt durch das Land 4 Stellen gefördert, die Stadt Frankfurt/Oder 1,2 Stellen. Zielgruppe sind die anerkannten Flüchtlinge. Das Ausschreiben der Stellen hat bereits begonnen, um zügig starten zu können. Herr Buhrke befürwortete die ör Vereinbarung. Diese birgt keine Risiken für den Landkreis, da es sich um geförderte Leistungen handelt, die durch freie Träger erbracht werden. Der LOS schafft keine neuen Stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **Zu TOP 5      Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 Vorlage: 024/2017**

Herr Buhrke verwies eingangs auf das umfängliche Aufstellungsverfahren zum Planentwurf 2017. In Abhängigkeit von der Veröffentlichung der Haushaltssatzung läuft die Frist für Einwendungen der Städte und Gemeinden am 13.03.2017 ab. Es gibt derzeit ein Schreiben der Stadt Beeskow zum Planentwurf 2017, das allen Abgeordneten vorliegt. Ein zweites Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Städte und Gemeinden ist angekündigt, liegt dem Landkreis aber noch nicht vor. Die Verwaltung wird sich mit den in den Schreiben dargelegten Auffassungen auseinandersetzen und ihren Standpunkt zu den Einwendungen der Gemeinden dem Kreisausschuss in Form einer gesonderten Beschlussvorlage darlegen.

Herr Buhrke informierte weiterhin über die Ergebnisse der Beratungen in den Fachausschüssen. Alle Fachausschüsse haben die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt. An die Kämmerei wurden keine Hinweise oder Änderungswünsche herangetragen.

Herr Dr. Zeschmann sprach sich für eine Behandlung des Schreibens der Stadt Beeskow im Finanzausschuss aus. Er fand die im Schreiben enthaltenen Argumente sehr überzeugend und forderte den Finanzausschuss auf, ein Votum zur Absenkung des Hebesatzes der Kreisumlage 2017 abzugeben.

Herr Birnack sprach sich ebenfalls für eine Absenkung der Kreisumlage aus mit Hinweis auf die angespannte Haushaltssituation einiger Gemeinden, z.B. Tauche.

Herr Buhrke vertrat den Standpunkt der Verwaltung, dass eine Entscheidung erst getroffen werden sollte, nachdem beide Seiten gehört wurden. Er wies darauf hin, dass sich die Anmerkungen zum Teil auf Prognosen beziehen, z.B. bei den Personalkosten. Weiterhin machte er deutlich, dass die Qualität der Planung verbessert wurde, insbesondere bei den Investitionen. Hier erfolgt die Planung „zweifach“, einmal nach der vertraglichen Bindung der Maßnahmen und zum anderen nach Zahlungsabflüssen.

Herr Vogelsänger führte aus, dass dieses Thema in den Fraktionen diskutiert werden sollte und hielt eine Beschlussfassung im Finanzausschuss nicht für sinnvoll. Er sprach sich dafür aus, die Stellungnahme der Verwaltung abzuwarten. Herr Umbreit pflichtete dem bei.

Herr Dr. Pech bezog sich auf die Erörterung des Planentwurfs 2017 am 1.3.2017. Dort wurde von den Gemeinden das Ansinnen vorgetragen, die Kreisumlage abzusenken bei gleichzeitiger Erhöhung des Defizits, aber vollständiger Umsetzung der beschlossenen Prioritätenliste. Er kritisierte, dass keine Vorschläge für die Kürzung von Ausgaben gemacht wurden und bezeichnete das Geld für Investitionen als gebunden. Dabei wäre zweitrangig, wann das Geld abfließt. Sollte die Kreisumlage abgesenkt werden, müssten Abstriche bei Aufgaben erfolgen. Abschließend verwies er auf die im Vergleich zu anderen Landkreisen sehr niedrige Kreisumlage des LOS.

Herr Dr. Pech schlug vor, für die Planung 2018/2019 die Fristen für die Einwendungen so zu legen, dass eine frühere Behandlung im Finanzausschuss möglich ist. Die Verwaltung versprach, dieses Anliegen bei der zukünftigen Terminplanung zu berücksichtigen.

Vor Abstimmung über die Beschlussvorlage 24/2017 erläuterte Herr Buhrke, dass der Kreistag am 29.03.2017 über zwei getrennte Beschlussvorlagen beschließen wird:

1. BV über die Einwendungen zum Haushaltsplan
2. BV über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017

Der Finanzausschuss beschloss die Weiterleitung der Beschlussvorlage 24/2017 zur abschließenden Beratung im Kreistag.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja, 2 Enthaltungen

## **Zu TOP 6      Sonstiges**

Frau Wellmer kündigte an, dass die Verwaltung die Erarbeitung eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2018/2019 beabsichtigt. Damit möchte die Verwaltung Zeit für die Aufgaben gewinnen, die sich im Rahmen der Kreisneugliederung für die Verwaltung ergeben werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich für das Haushaltsjahr 2019 die Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung ergibt. Für das Jahr 2020 wäre dann der erste Haushaltsplan zu erarbeiten, der auch die Kreisaufgaben der Stadt Frankfurt/Oder beinhaltet.

Herr Vogelsänger begrüßt die Erarbeitung eines Doppelhaushaltes, da er Sicherheit für die Realisierung von Investitionen bietet. Herr Dr. Zeschmann äußerte sich skeptisch.

gez.

Dr. Artur Pech  
Vorsitzender des  
Ausschusses für Haushalt  
und Finanzen

Harriett Wellmer  
Schriftführerin